

Änderungsanträge zum Leitantrag

Antragstellerin: Antikapitalistische Linke NRW

Der Landesparteitag möge beschließen:

1.

Nach Zeile 40 wird neu eingefügt:

SPD und Grüne wurden bei den Wahlen abgestraft und befinden sich jetzt in der Opposition. Beide Parteien werden versuchen, in Zukunft ihr Regierungshandeln vergessen zu lassen und in der Opposition wieder mehr Zuspruch zu gewinnen. DIE LINKE muss eine Strategie entwickeln, wie sie, insbesondere bei außerparlamentarischen Aktionen, SPD und Grüne entlarven, aber auch einbinden kann.

2.

In Zeile 47 die Formulierung „.....der (unzureichenden) Mietpreisbremse.....“ ersetzen durch „der nahezu wirkungslosen Mietpreisbremse“

3.

In Zeile 99 ändern:

Statt „Studiengebühren für Ausländer“ muss es heißen „Studiengebühren für Menschen aus Nicht-EU-Staaten“

4.

Nach Zeile 265 wird folgender neuer Absatz eingefügt:

Außerparlamentarische Opposition und Parlamentarismus

Nach der Landtags- und Bundestagswahl werden wir für einige Zeit keine Wahlkämpfe mehr haben und haben deshalb Zeit, eine Debatte über „Fluch und Segen“ des Parlamentarismus zu führen. Auch die LINKE.NRW ist bereits sehr auf Parlamentarismus und Stellvertreterpolitik orientiert. Natürlich könnten wir mit einer Landtagsfraktion außerparlamentarische Bewegungen und Kämpfe ganz anders unterstützen als ohne. Trotzdem ist es mehr als überfällig, uns über die Wirkungen auseinanderzusetzen, um der Stellvertreterpolitik Grenzen zu setzen und um die Parlamente auch und vorrangig als eine Bühne für die außerparlamentarische Opposition und Bewegung zu nutzen. Das gilt natürlich nicht nur für NRW, sondern für die gesamte Partei.

Es gibt schon seit langer Zeit viele und gute Vorschläge, wie den Wirkungen des Parlamentarismus begegnet werden kann und die wir im Landesverband diskutieren und beschließen sollten: Begrenzung und Befristung parlamentarischer Ämter, bessere Umsetzung der Trennung von Amt und Mandat und Professionalisierung der oberen Parteifunktionen. Um ein Gegengewicht zu den Fraktionen zu erhalten, wäre

darüberhinaus erforderlich: Verhinderung von Ämterhäufung und Streuung von Verantwortung, Verhinderung von materiellen Abhängigkeiten bei einzelnen Mitgliedern von der parlamentarischen Arbeit sowie bessere Verzahnung der parlamentarischen Arbeit mit der Parteientwicklung und dem Aufbau der Kreisverbände.

5.

Die Zeilen 342 und 343 werden ersetzt und nach Zeile 340 wird folgender Abschnitt neu eingefügt:

Welche Schwerpunkte ergeben sich daraus für den Landesverband ?

Wir schlagen vor, in den kommenden Monaten die Politik des Landesverbandes auf folgende Bereiche zu konzentrieren:

1.

In den Kreisverbänden gilt es, Formen linker Stadtteilpolitik weiter zu entwickeln und durch bestimmte ausgewählte Projekte aktionsorientiert umzusetzen. Auf kommunaler Ebene bieten sich dafür vorrangig die Themenfelder Sozial- und Wohnungspolitik an, da den prekären Schichten dieser Gesellschaft in diesen Bereichen neoliberaler Politik der Wind am stärksten ins Gesicht bläst. Hartz IV, Wohnungsnot und Armut prägen überwiegend die Lebensverhältnisse eines Großteils der Menschen. Daraus resultiert vielfache Resignation, Wut auf die herrschende Politik, Wahlenthaltung oder die Wahl der AfD, weil sie als die angebliche Protestpartei gegen das Establishment erscheint. Linke Alternativen in diesen Bereichen, die insbesondere in den Stadtteilen zu mehr Präsenz und Wahrnehmbarkeit führen sollten, sollten in den nächsten Wochen und Monaten in den Kreisverbänden verstärkt diskutiert werden.

2.

Für den Landesverband insgesamt gilt, wir müssen überall dort, wo sich berechtigter Widerstand gegen die Politik von CDU und FDP regt, aber auch bei Maßnahmen von Unternehmen gegen die Beschäftigten und in tariflichen Auseinandersetzungen zur Stelle sein. Deshalb werden wir stärker als bisher die bereits bestehenden außerparlamentarischen Bündnisse in folgenden Politikfeldern unterstützen und daran arbeiten müssen, ein wahrnehmbares linkes Profil unserer Partei zu entwickeln:

a) Soziale Frage

Die deutlichen Erfolge der AfD in den meisten prekären Stadtteilen geht einher mit einer weitestgehenden Stagnation der Ergebnisse in diesen Stadtteilen für unsere Partei. Bei der Ursachenanalyse dürfte davon auszugehen sein, dass wir bei den erwerbslosen Menschen und den prekarierten Schichten nicht mehr als eine Partei wahrgenommen werden, die für sie einen „Gebrauchswert“ hat bzw. die sich in ihrem Interesse mit den herrschenden Machtverhältnissen anlegt. Wir sollten deshalb in allen Kreisverbänden insbesondere des Ruhrgebiets Überlegungen anstellen, mit welchen Projekten bzw.

Handlungsstrategien wir in den nächsten Wochen und Monaten uns in diesen Stadtteilen stärker verankern.

b) Antirassismus / AfD / Flüchtlingsarbeit / Innere Sicherheit

Diese Politikbereiche verbindet ein zentrales Thema: wie gelingt es uns, in Allianz mit zahlreichen Initiativen im Bereich der Flüchtlingsarbeit, in Zusammenarbeit mit dem Flüchtlingsrat NRW bzw. anderen Gruppierungen, der Rechtsentwicklung ein Projekt der Solidarität entgegen zu setzen ?

DIE LINKE. NRW unterstützt auch in Zukunft nach Kräften die Proteste von Geflüchteten. Der gemeinsame Kampf für eine soziale Offensive für alle, egal, ob er oder sie in Deutschland geboren wurde, ist für uns zentral. Hier können wir auf einer erfolgreiche Praxis in den Kreisverbänden aufbauen. Gerade in Zeiten der Koalition aus CDU und FDP wird unser gemeinsamer, lautstarker Widerstand und Protest dringend gebraucht. Der Landesvorstand wird sich für die Vernetzung und den Austausch zwischen den Kreisverbänden einsetzen und wird dafür neue Verantwortlichkeiten festlegen. Für uns ist und bleibt klar: Wir lassen uns nicht spalten. Wir kämpfen gemeinsam für folgende Grundwerte und Ziele: Sozial. Gerecht. Frieden.

Darüberhinaus sollten wir im Landesverband versuchen, Strukturen zu schaffen, die zum herrschenden Sicherheitsdiskurs linke Alternativen entwickeln, da die sog. „Sicherheitsdebatte“ u.a. von der neuen Landesregierung genutzt wird, den Repressionsapparat weiter auszubauen und durch die Einsetzung der „Bosbach-Kommission“ die Ausweitung von Überwachungsmaßnahmen und die weitere Einschränkung von Rechten bei Verdächtigen und „Gefährdern“ zu forcieren. Staatliche Repression gegen antifaschistischen bzw. antikapitalistischen Widerstand, sei es bei den Protesten gegen den G 20-Gipfel oder sei es bei zahlreichen Aktionen bzw. Blockaden gegen rechte und nazistischen Aufmärschen wird in Zukunft mit aller Wahrscheinlichkeit zunehmen. Gegen diese staatliche und juristische Kriminalisierung muss sich DIE LINKE eindeutig positionieren und sich solidarisch mit den Verfolgten bzw. Angeklagten zeigen. Dies ist u.a. eine wesentliche Voraussetzung, um breite Bündnisse gegen Rechtspopulisten und Faschisten zu schaffen.

c) Umweltpolitik

Die Umweltpolitik hat durch die von zahlreichen Initiativen getragenen Proteste Ende August gegen den Braunkohletagebau im Hambacher-Forst, den Dieselskandal und die im November in Bonn stattfindende Weltklima-Konferenz in den letzten Wochen und Monaten einen besonderen medialen und politischen Stellenwert erhalten. Wir haben deshalb alle Veranlassung, den Landesverband darauf stärker zu orientieren, als es uns bisher gelungen ist. Das bedeutet zunächst, eine breite Unterstützung von Aktionen gegen die in Bonn stattfindende Weltklima-Konferenz und der weiteren Proteste gegen den Braunkohletagebau zu organisieren. Diese Aktionen sollten wir verbinden mit Forderungen nach einer dezentralen Energieversorgung ohne fossile Brennstoffe, sowie nach verstärktem Ausbau des ÖPNV, um den Individualverkehr in den Innenstädten zurückzudrängen. Schließlich hat der Dieselskandal einmal mehr deutlich gemacht, mit welchen mafiosen Methoden die deutschen Autokonzerne ihre Weltmarktstrategie durchsetzen. Wir sollten uns insbesondere auch bei diesem Themenfeld stärker qualifizieren, um vor allem auf kommunaler Ebene sowohl durch Veranstaltungen, als

auch durch eine aktionsorientierte Politik unsere linken Alternativen aufzuzeigen.

Auch wenn noch weitere Themenfelder von Bedeutung sind, dürfte es sich aufgrund der vorhandenen Kapazitäten anbieten, die Arbeit des Landesverbandes in einigen ausgewählten Bereichen sowohl weiter zu qualifizieren, als auch in der Öffentlichkeit stärkere Akzente zu setzen.

3.

Diese Themenfelder erfordern eine langfristig angelegte Strategie. Der Landesvorstand wird deshalb auf seiner Klausur am 11./12. Nov. 2017 dazu eine Konzeption erarbeiten und diese anschließend auf einem Treffen mit den Kreissprecher*innen vorstellen, um dadurch eine breite innerparteiliche Debatte in der Partei zu ermöglichen.